



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

43. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. Februar 1990

Nummer 11

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
9211	10. 1. 1990	RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Erhebung und Verarbeitung von Halter- und Fahrzeugdaten und Datenübermittlung an Finanzämter	200

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
8. 1. 1990	Mitt. – Aufstellung über die vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. 12. 1989 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 31. 12. 1989 . . .	204
	Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	
12. 1. 1990	Bek. – Lehrgänge des Deutschen Volksheimstättenwerks – Landesverband Nordrhein-Westfalen –; Februar 1990 bis Juni 1990	221

9211

I.

Erhebung und Verarbeitung von Halter- und Fahrzeugdaten und Datenübermittlung an Finanzämter

RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr v. 10. 1. 1990 -
III C 2-21-13/10

1 Mitwirkung der Zulassungsstellen

Die Zulassungsstellen wirken bei der Durchführung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (KraftStG 1979) mit. Der Umfang der Mitwirkung ergibt sich aus § 5 der Kraftfahrzeugsteuer-Durchführungsverordnung (KraftStDV 1979), Abschnitt V des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und der Fahrzeugregisterverordnung (FRV).

2 Steuererklärung

Der Nachweis, daß den Vorschriften über die Kraftfahrzeugsteuer genügt ist (§ 13 Abs. 1 Satz 1 KraftStG), wird als erbracht angesehen, wenn die Kraftfahrzeugsteuererklärung gemäß § 3 Abs. 1 KraftStDV 79 gegenüber der Zulassungsstelle abgegeben worden ist (siehe jedoch Nr. 7 Abs. 2).

3 Vordrucke, Datenerhebung und -übermittlung

Die Zulassungsstelle erhebt im Antrag auf Zulassung eines Fahrzeugs zum öffentlichen Straßenverkehr die notwendigen Daten aufgrund der Vorschriften zu Nummer 1. Eine vom Antragsteller zu unterschreibende Ausfertigung des Antrages ist als Kraftfahrzeugsteuererklärung zu gestalten, deren Form und Inhalt mit der Oberfinanzdirektion abzustimmen sind. Die Kraftfahrzeugsteuererklärung sowie erteilte Lastschrift-Einzugsermächtigungen und Anträge auf Steuerbefreiung oder Steuervergünstigung sind dem Finanzamt zuzuleiten. Zulassungsstellen, die automatisierte Datenverarbeitung einsetzen, stimmen Art und Inhalt der Datenübermittlung an die Finanzverwaltung mit dem Rechenzentrum der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen ab. Die Finanzverwaltung - Oberfinanzdirektion - beteiligt sich auf Antrag anteilig an den Kosten für die Beschaffung der Antragsvordrucke und der Vordrucke nach den Mustern der Anlagen 1 und 2.

Bei der Erhebung der Daten ist folgendes zu beachten:

- 3.1 Die Antragsvordrucke sind mit dem Hinweis zu versehen, daß die personenbezogenen Daten gemäß § 34 Straßenverkehrsgesetz erhoben werden.
- 3.2 Der Antrag auf Zulassung eines Fahrzeugs nach § 23 Abs. 1 StVZO ist an keine besondere Form gebunden. Aus Gründen der Beweissicherung sollte er jedoch schriftlich ausgefertigt und vom Antragsteller unterschrieben werden.
- 3.3 Bei der Anrede ist der RdErl. d. Innenministers v. 27. 11. 1967 (SMBl. NW. 20020) zu beachten.
- 3.4 Nach § 33 StVG werden im Fahrzeugregister bei natürlichen Personen die Vornamen gespeichert. Aus Gründen der Rechtssicherheit sollten möglichst sämtliche Vornamen des Halters erhoben und in den Fahrzeugpapieren dokumentiert werden.
- 3.5 Steuervergünstigungen für Schwerbehinderte nach § 3a KraftStG 1979 sind gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 KraftStDV 1979 von der Zulassungsstelle in den Fahrzeugschein einzutragen, wenn dieser noch nicht ausgehändigt ist. Dies gilt auch, wenn aus Anlaß von Änderungen oder nach Verlust ein neuer Fahrzeugschein ausgestellt wird.
- 3.6 Die Einverständniserklärung zur Abbuchung der Kfz-Steuer durch Angabe der Konto-Verbindung geschieht auf freiwilliger Basis. Hierauf ist im Antrag hinzuweisen. Die Zulassungsstellen sind nicht verpflichtet, die Richtigkeit der vom Steuerpflichtigen eingetragenen Kontodaten zu überprüfen.

- 3.7 Da der Autoadressendienst des Kraftfahrtbundesamtes eingestellt worden ist, entfällt die Erklärung des Halters über die Auswertung der Daten für Zwecke von Werbung und Meinungsforschung.

4 Zulassung auf Vereinigungen

Nach § 33 Abs. 1 Nr. 2c StVG ist im Fahrzeugregister der benannte Vertreter und ggf. der Name der Vereinigung zu speichern. Im Fahrzeugschein und -brief ist die Vereinigung als Halter einzutragen. Rechtlich verantwortlich bleibt jedoch der benannte Vertreter.

4.1 Ehegatten

Im Sinne des § 33 StVG sind Ehegatten als Vereinigung anzusehen. Im Fahrzeugregister ist daher zu speichern: benannte Vertreter (z. B. K. Meier), ggf. zusätzlich Name der Vereinigung (z. B. Eheleute M + K Meier). In den Fahrzeugpapieren lautet die Eintragung: Eheleute M + K Meier.

4.2 Firmen

Gesellschaften, die keine Rechtsfähigkeit besitzen, werden als Vereinigungen behandelt.

Alleininhaber einer Firma werden als natürliche Person behandelt. Neben dem Namen der natürlichen Person kann auch der Firmenname in die Fahrzeugpapiere eingetragen werden. Eine OHG oder KG soll als Halter wie eine juristische Person behandelt werden, d. h. nur der Name oder die Bezeichnung und die Anschrift werden erhoben. Es ist nicht notwendig, einen „benannten Vertreter“ festzustellen, weil auch bei OHG und KG dem Handelsregister entnommen werden kann, durch welche Person diese Gesellschaften vertreten werden.

5 Anhängerbesteuerung

Nach § 10 Abs. 1 KraftStG 1979 wird die Steuer für das Halten von Kraftfahrzeuganhängern mit Ausnahme von Wohnwagenanhängern auf Antrag nicht erhoben, solange die Anhänger ausschließlich hinter Kraftfahrzeugen, ausgenommen Krafträder und Personenkraftwagen, mitgeführt werden, für die eine um einen Anhängerzuschlag erhöhte Steuer erhoben wird. Voraussetzung für die Steuervergünstigung ist außerdem, daß den Anhängern ein amtliches Kennzeichen in grüner Schrift auf weißem Grund („Grünes Kennzeichen“) zugeteilt wurde. § 23 Abs. 1a StVZO bestimmt deshalb, daß ein Kennzeichen mit grüner Beschriftung auf weißem Grund (§ 60 Abs. 1 Satz 3 StVZO) für Kraftfahrzeuganhänger zuzuteilen ist, wenn dies für Zwecke der Sonderregelung für Kraftfahrzeuganhänger im Kraftfahrzeugsteuergesetz beantragt wird.

- 5.1 Für die Zulassung von Kraftfahrzeuganhängern, denen ein „Grünes Kennzeichen“ für Zwecke der Sonderregelung für Kraftfahrzeuganhänger im Kraftfahrzeugsteuergesetz (§ 23 Abs. 1a StVZO) zugeteilt werden soll, ist vom Antragsteller auf dem Antragsvordruck „Steuervergünstigung“ zu beantragen und als Grund „§ 10 Abs. 1 KraftStG 1979“ anzugeben. Das gilt auch dann, wenn ein bereits zugelassener Kraftfahrzeuganhänger auf einen anderen Halter oder für denselben Halter in einem anderen Zulassungsbezirk zugelassen werden soll und für das Fahrzeug nach § 23 Abs. 1a StVZO ein „grünes Kennzeichen“ zugeteilt oder - vor Inkrafttreten des § 23 Abs. 1a StVZO - ein entsprechendes Kennzeichenschild (grün/weiß) zur Erfüllung der Voraussetzungen nach § 10 Abs. 1 KraftStG 1979 abgestempelt worden ist.
- 5.2 Ein „grünes Kennzeichen“ ist für bereits zugelassene Kraftfahrzeuganhänger, für die ein Kennzeichenschild mit schwarzer Beschriftung auf weißem Grund abgestempelt wurde, nach § 23 Abs. 1a StVZO zuzuteilen, wenn ein Antrag auf einem Vordruck nach Muster der Anlage 1 vom Steuerschuldner (Person, für die der Anhänger zugelassen ist) bei der Zulassungsstelle gestellt wird. Jeder Antrag, der zugleich Antrag auf Nichterhebung der Kraftfahrzeugsteuer ist, besteht aus zwei gleichen Formularen eines Durchschreibesatzes. Die Zulassungsstelle bestätigt die Zuteilung des „grünen Kennzeichen“ und die Abstempelung eines entsprechenden Kennzeichenschildes und sendet

Anlage 1

die Durchschrift des so ergänzten Antragsvordruckes dem Finanzamt zu. Das bisherige Kennzeichenschild mit schwarzer Beschriftung auf weißem Grund ist zu entstempeln.

Anlage 2

- 5.3 Für bereits zugelassene Kraftfahrzeuganhänger, für die ein „grünes Kennzeichen“ nach § 23 Abs. 1 a StVZO zugeteilt wurde, ist ein amtliches Kennzeichen nach § 23 Abs. 1 und 2 StVZO zuzuteilen, wenn ein Antrag auf einem Vordruck nach Muster der Anlage 2 vom Steuerschuldner bei der Zulassungsstelle gestellt wird. Jeder Antrag, der zugleich Kraftfahrzeugsteuererklärung ist, besteht aus zwei gleichen Formularen eines Durchschreibesatzes. Die Zulassungsstelle bestätigt die Zuteilung eines Kennzeichens nach § 23 Abs. 1 und 2 StVZO und die Abstempelung eines Kennzeichenschildes mit schwarzer Beschriftung auf weißem Grund. Das Kennzeichenschild mit grüner Beschriftung auf weißem Grund ist zu entstempeln.
- 5.4 In den Fällen der Nummern 5.2 und 5.3 ist jeweils das Kennzeichen mit der bisherigen Erkennungsnummer (§ 23 Abs. 2 StVZO) zuzuteilen.
- 5.5 Für die Zuteilung von Kennzeichen nach den Nummern 5.2 und 5.3 sind in der Regel Gebühren nach den Gebührennummern 123 a, 223.2, 228, 236.1, 237 und 241 des Gebührentarifs für Maßnahmen im Straßenverkehr zu erheben. Auf die Erhebung einer Gebühr für die Zuteilung der Erkennungsnummer (Gebührennummer 235 des Gebührentarifs) sollte verzichtet werden, weil bei der Zuteilung derselben Erkennungsnummer Verwaltungsaufwand (z. B. für die Feststellung, ob die Erkennungsnummer frei ist und zugeteilt werden kann) nicht entsteht.
- 5.6 Werden aufgrund von Anträgen nach Nummern 5.1 und 5.2 „grüne Kennzeichen“ nach § 23 Abs. 1 a StVZO zugeteilt, so hat die Zulassungsstelle im Fahrzeugschein zu vermerken: „Kennzeichen mit grüner Beschriftung auf weißem Grund nach § 23 Abs. 1 a StVZO zugeteilt.“ Der Vermerk ist, wenn für den Anhänger nach Nummer 5.3 ein Kennzeichen nach § 23 Abs. 1 und 2 StVZO (Kennzeichenschild mit schwarzer Beschriftung auf weißem Grund) zugeteilt wurde, zu streichen und die Streichung durch Dienststempel zu bestätigen.
- 6 **Rote Kennzeichen**
- Für die Erteilung von roten Kennzeichen zur wiederkehrenden Verwendung gelten die Regelungen dieses Erlasses sinngemäß (§ 17 KraftStDV).
- 7 **Abmeldung von Amts wegen, erneute Zulassung**
- Nach § 14 Abs. 1 KraftStG 1979 hat die Zulassungsstelle, wenn die Kraftfahrzeugsteuer nicht entrichtet worden ist, auf Antrag des Finanzamts den Fahrzeugschein einzuziehen und das amtliche Kennzeichen zu entstempeln (Abmeldung von Amts wegen). Zwar kann das Finanzamt die Abmeldung von Amts wegen nach § 14 Abs. 2 KraftStG 1979 auch selbst vornehmen, wenn die Zulassungsstelle das Verfahren noch nicht eingeleitet hat. Diese eigene Befugnis des Finanzamts soll jedoch nur in Sonderfällen eine schnellere Stilllegung des Fahrzeugs ermöglichen. Die Zuständigkeit der Zulassungsstelle nach § 14 Abs. 1 KraftStG 1979 hat grundsätzlich Vorrang vor der Zuständigkeit des Finanzamtes nach § 14 Abs. 2 KraftStG 1979, zumal in

vielen Fällen für dasselbe Fahrzeug bereits Maßnahmen der Zulassungsstelle nach § 29 d StVZO wegen Fehlens des Versicherungsschutzes eingeleitet worden sind. Das Finanzamt darf ohnehin nur tätig werden, wenn die Zulassungsstelle das Verfahren der Abmeldung von Amts wegen noch nicht eingeleitet hat (§ 14 Abs. 2 Satz 1 zweiter Halbsatz KraftStG 1979). Die Finanzämter wenden sich im übrigen nur dann im Rahmen des § 14 Abs. 1 KraftStG 1979 an die Zulassungsstellen, wenn ihre Beitreibungsmaßnahmen gegen die Steuerschuldner fruchtlos verlaufen sind.

Bevor ein Fahrzeug, das gemäß § 14 KraftStG 1979 von Amts wegen abgemeldet worden ist, auf denselben Halter erneut zugelassen wird, ist - abweichend von Nummer 2 - der Nachweis über die Zahlung der gesamten Kraftfahrzeugsteuerschuld erforderlich.

8 **Anschriftenänderungen**

Erhält die Zulassungsstelle Kenntnis von der Anschriftenänderung eines Fahrzeughalters (z. B. durch Antrag auf Ersatzausfertigung eines Fahrzeugscheins), so ist diese Änderung in den Fahrzeugpapieren zu dokumentieren und dem Finanzamt und dem Kraftfahrt-Bundesamt unverzüglich mitzuteilen.

9 **Standort- und Halterwechsel**

Bei Standort- und Halterwechsel ist die Mitteilung der Anschrift des neuen Halters gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 3 Buchstaben b und c KraftStDV 79 nicht mehr möglich, weil die Zulassungsstelle diese Daten gemäß § 7 Abs. 1 FRV nicht übermittelt erhält. Um der Steuerverwaltung die weitere Bearbeitung zu ermöglichen, unterrichten sich die Zulassungsstellen untereinander mit dem Hinweis, ob ein Halterwechsel stattgefunden hat (Halterwechsel: ja/nein). Diese Information wird an das bisher zuständige Finanzamt weitergegeben.

10 **Änderungen an Fahrzeugen**

Werden im Fahrzeugschein für die Berechnung der Kraftfahrzeugsteuer maßgebende Eintragungen geändert (z. B. Hubraum bei Pkw, Gesamtgewicht bei Lkw und Anhängern) oder wird im Ausnahmeweg die Überschreitung von steuerlich relevanten Grenzen zugelassen, so unterrichtet die Zulassungsstelle das zuständige Finanzamt. Erteilt der Regierungspräsident Ausnahmen im Sinne von Satz 1, so unterrichtet er die Zulassungsstelle, damit diese ihrer Verpflichtung nach Satz 1 nachkommen kann. Die im Zusammenhang mit der Einführung schadstoffarmer Fahrzeuge durch Erlasse und VkB-Verlautbarungen getroffenen Regelungen bleiben unberührt.

11 **Stilllegung von Fahrzeugen**

Auf die Unterrichtung des Finanzamtes gemäß Nummern 1.3 und 2.3 der Verlautbarung des Bundesministers für Verkehr vom 12. 1. 1983 (VkB. S. 55) und Erlass v. 29. 8. 1983 (SMBL. NW. 9211) über die Stilllegung von gestohlenen etc. Fahrzeugen weise ich hin.

12 **Aufhebung von Erlassen**

Die Erlasse v. 14. 9. 1961, 3. 4. 1979, 28. 8. 1979 und 10. 9. 1982 (SMBL. NW. 9211) werden aufgehoben.

Dieser RdErl. ergeht im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

**Antrag auf Zuteilung
eines amtlichen Kennzeichens mit grüner Beschriftung auf weißem Grund
für einen Anhänger nach § 23 Abs. 1 a StVZO
– zugleich Antrag auf Nichterhebung der Kraftfahrzeugsteuer –**

Name und Anschrift der Person, für die der Anhänger zugelassen ist:

.....
.....

Amtliches Kennzeichen des Anhängers:

.....

Der Anhänger, für den das vorstehende amtliche Kennzeichen nach § 23 StVZO zugeteilt worden ist, soll in Zukunft ausschließlich hinter Kraftfahrzeugen mitgeführt werden, für die eine um einen Anhängerzuschlag erhöhte Kraftfahrzeugsteuer erhoben wird. Es wird deshalb beantragt, ein Kennzeichen mit grüner Beschriftung auf weißem Grund nach § 23 Abs. 1 a StVZO zuzuteilen.

Gleichzeitig wird beantragt, für diesen Anhänger nach § 10 Abs. 1 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes keine Kraftfahrzeugsteuer zu erheben.

.....
(Datum)

.....
[Unterschrift der Person, für die das Fahrzeug zugelassen
ist, oder eines Beauftragten (Vollmacht)]

Für den oben bezeichneten Anhänger ist heute ein amtliches Kennzeichen mit grüner Beschriftung auf weißem Grund nach § 23 Abs. 1 a StVZO zugeteilt und ein entsprechendes Kennzeichenschild abgestempelt worden.

(Bezeichnung der Zulassungsstelle)

(Dienstsiegel)

Im Auftrag

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

**Antrag auf Zuteilung
eines Kennzeichens nach § 23 Abs. 1 und 2 StVZO für einen Anhänger
anstelle einer bisherigen Zuteilung eines Kennzeichens mit grüner Beschriftung
auf weißem Grund nach § 23 Abs. 1a StVZO
– zugleich Kraftfahrzeugsteuererklärung –**

Name und Anschrift der Person, für die der Anhänger zugelassen ist:

.....
.....

Amtliches Kennzeichen des Anhängers:

.....

Für den Anhänger, für den das vorstehende amtliche Kennzeichen nach § 23 Abs. 1a StVZO zugeteilt worden ist, soll in Zukunft Kraftfahrzeugsteuer entrichtet werden. Es wird deshalb beantragt, anstelle des bisherigen Kennzeichens mit grüner Beschriftung auf weißem Grund (§ 23 Abs. 1a StVZO) ein Kennzeichen nach § 23 Abs. 1 und 2 StVZO zuzuteilen.

.....
(Datum)

.....
[Unterschrift der Person, für die das Fahrzeug zugelassen
ist, oder eines Beauftragten (Vollmacht)]

Für den oben bezeichneten Anhänger ist heute ein Kennzeichen nach § 23 Abs. 1 und 2 StVZO zugeteilt und ein Kennzeichenschild mit schwarzer Beschriftung auf weißem Grund abgestempelt worden.

(Bezeichnung der Zulassungsstelle)

(Dienstsiegel)

Im Auftrag

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

II.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Aufstellung
über die vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
seit dem 1. 12. 1989 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 31. 12. 1989

Mitt. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 8. 1. 1990 – LS 7222

Die nachstehenden Bezeichnungen sind Registerbezeichnungen, unter denen die Tarifverträge im Tarifregister NRW systematisch eingeordnet werden. Sie stimmen nicht unbedingt mit den Originalbezeichnungen der Tarifpartner überein.

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
Gewerbegruppe 01 – Landwirtschaft, Gartenbau		
67294	14.-ÄnderungsTV z. VersTV-L-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 28. 11. 1987 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8116 000 14
67295	15.-ÄnderungsTV z. VersTV-L-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit GGLF	8116 000 15
Gewerbegruppe 02 – Forstwirtschaft		
67296	5.-ÄnderungsTV z. MTW-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8120 000 05
67297	LohnTV – Waldarbeiter-LTW-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 27. 4. 1988 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8121 000 06
67298	ÄndTV z. LohnTV Nr. 6 – Waldarbeiter-LTW-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 30. 6. 1988 – gültig ab 1. 7. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8121 000 06 010
67299	LohnTV – Waldarbeiter-LTW-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 – gültig ab 1. 4. 1989 abgeschlossen mit GGLF	8121 000 07
67300	ÄndTV z. LohnTV Nr. 7 – Waldarbeiter-LTW-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 24. 5. 1989 – gültig ab 1. 7. 1989 abgeschlossen mit GGLF	8121 000 07 010
67301	6.-ÄndTV z. TV Lohn Holzerntearbeiten-EST-L v. 3. 5. 79 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 – gültig ab 1. 10. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8122 000 06
67302	4.-ÄndTV z. TV Waldarbeiter bei Zeitaufnahmen-L v. 16. 2. 73 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 – gültig ab 1. 7. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8124 000 04
67303	5.-ÄnderungsTV z. TVW-Urlaubsgeld-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8125 000 05
67304	4.-ÄnderungsTV z. TVW-vwL-Länder v. 13. 1. 1971 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8126 000 04
67305	5.-ÄnderungsTV z. TVW-Zuwendung-Länder v. 12. 10. 73 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8127 000 05

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67306	15.-ÄnderungsTV z. VersTV-W-Länder v. 4. 11. 66 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 26. 11. 1987 - gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8128 000 15
67307	16.-ÄnderungsTV z. VersTV-W-Länder v. 4. 11. 66 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit GGLF	8128 000 16
67308	Tarifvertrag, sonst., - Waldarbeiter-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 - gültig ab 1. 4. 1989 abgeschlossen mit GGLF	8129 000 02
67309	8.-ÄnderungsTV z. TVA-F-Länder v. 3. 9. 74 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 - gültig ab 1. 10. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8130 000 06
67310	13.-ÄnderungsTV z. TVAV-F-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 27. 4. 1988 - gültig ab 1. 3. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8131 000 13
67311	14.-ÄnderungsTV z. TVAV-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 2. 9. 1988 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit GGLF	8131 000 14
Gewerbegruppe 03 - Bergbau		
67312	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE/DAG	0270 000 90
67313	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Auszubildende Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0270 031 90
67314	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Auszubildende Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0270 031 90 001
67315	Änd. z. Rahmentarifvertrag f. Arbeiter Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0270 111 90
67316	Änd. z. Rahmentarifvertrag f. Angestellte Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 - gültig ab 1. 7. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0270 121 90
67317	Änd. z. Rahmentarifvertrag f. Angestellte Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 - gültig ab 1. 7. 1990 abgeschlossen mit DAG	0270 121 90 001
67318	Änd. z. Rahmentarifvertrag f. Angestellte Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 - gültig ab 1. 7. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0270 122 90
67319	Änd. z. Rahmentarifvertrag f. Angestellte Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 - gültig ab 1. 7. 1990 abgeschlossen mit DAG	0270 122 90 001

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67320	Lohntarifvertrag Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 1. 1991 abgeschlossen mit IGBE	0270 210 90
67321	Gehaltstarifvertrag Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 1. 1991 abgeschlossen mit IGBE	0270 220 90
67322	Gehaltstarifvertrag Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 1. 1991 abgeschlossen mit DAG	0270 220 90 001
67323	Ausbildungsvergütungstarifvertrag Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 12. 1989 – kündbar zum 31. 1. 1991 abgeschlossen mit IGBE	0270 230 89
67324	Ausbildungsvergütungstarifvertrag Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 12. 1989 – kündbar zum 31. 1. 1991 abgeschlossen mit DAG	0270 230 89 001
67325	Änd. z. Tarifvertrag – Teilzeitarbeit Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 12. 1991 abgeschlossen mit IGBE	0270 826 90
67326	Änd. z. Tarifvertrag – Teilzeitarbeit Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 12. 1991 abgeschlossen mit DAG	0270 826 90 001
67327	TV z. Einf. der mitteleuropäischen Sommerzeit Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0270 830 90
67328	TV z. Einf. der mitteleuropäischen Sommerzeit Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0270 830 90 001
67329	Änd. z. TV über eine Untertage-Zulage Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0270 851 90
67330	Änd. z. TV über eine Untertage-Zulage Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0270 851 90 001
67331	Änd. z. TV über allg. betriebl. Arbeitsbedingungen Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0270 861 90
67332	Änd. z. TV über allg. betriebl. Arbeitsbedingungen Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0270 861 90 001

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67333	Änd. z. Tarifvertrag, sonstige Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0270 921 90
67334	Änd. z. Tarifvertrag, sonstige Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0270 921 90 001
67335	Änd. z. Tarifvertrag, sonstige Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 4. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0270 981 90
67336	Änd. z. Tarifvertrag, sonstige Rhein.-Westf. Steinkohlenbergbau Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 14. 11. 1989 – gültig ab 1. 4. 1990 abgeschlossen mit DAG	0270 981 90 001
67337	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Auszubildende Steinkohlenbergbau Aachen Geltungsbereich: Regierungsbezirk Köln vom 23. 11. 1989 – gültig ab 23. 11. 1989 abgeschlossen mit IGBE	0271 031 89
67338	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Auszubildende Steinkohlenbergbau Aachen Geltungsbereich: Regierungsbezirk Köln vom 23. 11. 1989 – gültig ab 23. 11. 1989 abgeschlossen mit DAG	0271 031 89 001
67339	TV z. Einf. der mitteleuropäischen Sommerzeit Steinkohlenbergbau Aachen Geltungsbereich: Regierungsbezirk Köln vom 23. 11. 1989 – gültig ab 23. 11. 1989 abgeschlossen mit IGBE	0271 830 90
67340	TV z. Einf. der mitteleuropäischen Sommerzeit Steinkohlenbergbau Aachen Geltungsbereich: Regierungsbezirk Köln vom 23. 11. 1989 – gültig ab 23. 11. 1989 abgeschlossen mit DAG	0271 830 90 001
67341	Änd. z. TV über eine Untertage-Zulage Steinkohlenbergbau Aachen Geltungsbereich: Regierungsbezirk Köln vom 23. 11. 1989 – gültig ab 23. 11. 1989 abgeschlossen mit IGBE	0271 851 89
67342	Änd. z. TV über eine Untertage-Zulage Steinkohlenbergbau Aachen Geltungsbereich: Regierungsbezirk Köln vom 23. 11. 1989 – gültig ab 23. 11. 1989 abgeschlossen mit DAG	0271 851 89 001
67343	Änd. z. TV über allg. betriebl. Arbeitsbedingungen Steinkohlenbergbau Aachen Geltungsbereich: Regierungsbezirk Köln vom 23. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0271 861 89
67344	Änd. z. TV über allg. betriebl. Arbeitsbedingungen Steinkohlenbergbau Aachen Geltungsbereich: Regierungsbezirk Köln vom 23. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0271 861 89 001
67345	Tarifvertrag, sonstige Steinkohlenbergbau Aachen Geltungsbereich: Regierungsbezirk Köln vom 23. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0271 930 90

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67346	Tarifvertrag, sonstige Steinkohlenbergbau Aachen Geltungsbereich: Regierungsbezirk Köln vom 23. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0271 930 90 001
67347	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Braunkohlenbergbau, Rheinischer Geltungsbereich: Nordrhein vom 24. 11. 1989 – gültig ab 1. 12. 1989 abgeschlossen mit IGBE	0272 002 89
67348	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Braunkohlenbergbau, Rheinischer Geltungsbereich: Nordrhein vom 24. 11. 1989 – gültig ab 1. 12. 1989 abgeschlossen mit DAG	0272 002 89 001
67349	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0275 000 90
67350	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0275 000 90 001
67351	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Auszubildende Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0275 031 90
67352	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Auszubildende Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0275 031 90 001
67353	Lohntarifvertrag Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 1. 1991 abgeschlossen mit IGBE	0275 210 90
67354	Gehaltstarifvertrag Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 1. 1991 abgeschlossen mit IGBE	0275 220 90
67355	Gehaltstarifvertrag Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 1. 1991 abgeschlossen mit DAG	0275 220 90 001
67356	Ausbildungsvergütungstarifvertrag Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 12. 1989 – kündbar zum 31. 1. 1991 abgeschlossen mit IGBE	0275 230 89
67357	Ausbildungsvergütungstarifvertrag Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 12. 1989 – kündbar zum 31. 1. 1991 abgeschlossen mit DAG	0275 230 89 001
67358	Änd. z. TV z. Einf. der mitteleuropäischen Sommerzeit Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0275 831 90

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67359	Änd. z. TV z. Einf. der mitteleuropäischen Sommerzeit Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0275 831 90 001
67360	Änd. z. TV über eine Untertage-Zulage Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0275 851 90
67361	Änd. z. TV über eine Untertage-Zulage Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0275 851 90 001
67362	Änd. z. TV über allg. betriebl. Arbeitsbedingungen Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0275 861 90
67363	Änd. z. TV über allg. betriebl. Arbeitsbedingungen Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0275 861 90 001
67364	Tarifvertrag, sonstige Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGBE	0275 920 90
67365	Tarifvertrag, sonstige Steinkohlenbergbau Ibbenbüren Geltungsbereich: NRW, sonstige räumliche Geltungsbereiche vom 17. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit DAG	0275 920 90 001
Gewerbegruppe 04 – Steine und Erden		
67366	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Kalk- u. Zementindustrie Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen und andere Länder vom 28. 6. 1988 – gültig ab 1. 6. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1991 abgeschlossen mit DAG	0240 000 89 001
67367	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Arb. u. Azubis Hohlglaserzeugungsindustrie LG Nordwest Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen und andere Länder vom 16. 10. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit CPK	0280 051 90
67368	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Hohlglaserzeugungsindustrie LG Rhein-Weser Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen und andere Länder vom 16. 10. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit CPK	0281 001 90
67369	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Arb. u. Azubis Flachglasverarb./veredelnde Industrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 16. 10. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit CPK	0289 051 90
67370	Firmentarifvertrag RWI-Bauelemente GmbH & Co KG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 27. 6. 1989 – gültig ab 1. 6. 1989 – kündbar zum 31. 5. 1992 abgeschlossen mit CPK-NRW	1483 990 89 Siegburg

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
Gewerbegruppe 05–10 – Metallerzeugung und -verarbeitung		
67371	Tarifvertrag, sonstige Elektro-/ab 1. 4. 89 ohne Radio-/Fernsehtechn.-Handwerk Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 21. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 12. 1991 abgeschlossen mit CMVD	0035 920 90 001
67372	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Edelsteinindustrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 23. 9. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 12. 1990 abgeschlossen mit IGM	0039 000 90
67373	Lohntarifvertrag Edelsteinindustrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 11. 10. 1989 – gültig ab 1. 10. 1989 – kündbar zum 31. 3. 1990 abgeschlossen mit IGM	0039 210 89
67374	Gehaltstarifvertrag Edelsteinindustrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 11. 10. 1989 – gültig ab 1. 10. 1989 – kündbar zum 31. 3. 1990 abgeschlossen mit IGM	0039 220 89
67375	Ausbildungsvergütungstarifvertrag Edelsteinindustrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 11. 10. 1989 – gültig ab 1. 10. 1989 – kündbar zum 31. 3. 1990 abgeschlossen mit IGM	0039 230 89
Gewerbegruppe 11 – Chemische Industrie		
67376	SonderzahlungsTV f. Arb., Ang. u. Azubis Chemische Industrie Westf.-Lippe Geltungsbereich: Westfalen/Lippe vom 28. 8. 1989 – gültig ab 1. 8. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1991 abgeschlossen mit DAG-NW	0151 500 89 001
67377	Tarifvertrag – verm. Leistungen f. Arb., Ang. u. Azubis Chemische Industrie Westf.-Lippe Geltungsbereich: Westfalen/Lippe vom 28. 8. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 31. 12. 1994 abgeschlossen mit DAG-NW	0151 600 90 001
67378	Änd. z. Tarifvertrag – verm. Leistungen f. Arb., Ang. u. Azubis Chemische Industrie Westf.-Lippe Geltungsbereich: Westfalen/Lippe vom 28. 8. 1989 – gültig ab 28. 8. 1989 abgeschlossen mit DAG	0151 601 89 001
67379	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Record Service Schallplatten GmbH Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 8. 9. 1989 – gültig ab 8. 9. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1990 abgeschlossen mit CPK-NRW	Alsdorf 1392 000 89
67380	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. z. Azubis Record Service Schallplatten GmbH Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 8. 9. 1989 – gültig ab 8. 9. 1989 abgeschlossen mit CPK-NRW	Alsdorf 1392 001 89
67381	Änd. z. Rahmentarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Record Service Schallplatten GmbH Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 28. 8. 1989 – gültig ab 1. 5. 1989 abgeschlossen mit CPK-NRW	Alsdorf 1392 101 89
67382	Änd. z. Rahmentarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Record Service Schallplatten GmbH Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 9. 10. 1989 – gültig ab 1. 5. 1989 abgeschlossen mit CPK-NRW	Alsdorf 1392 102 89

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
Gewerbegruppe 14 – Vervielfältigungsgewerbe		
67383	Manteltarifvertrag f. Arbeiter Lampenschirm-, Wohnraumleuchten- u. Zubehörindustrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 7. 6. 1979 – gültig ab 1. 1. 1979 – kündbar zum 31. 12. 1981 abgeschlossen mit DRUPA/IGMDPPK	0217 010 79
67384	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Arbeiter Lampenschirm-, Wohnraumleuchten- u. Zubehörindustrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 20. 6. 1983 – gültig ab 1. 1. 1983 abgeschlossen mit DRUPA/IGMDPPK	0217 011 83
67385	Manteltarifvertrag f. Ang. u. Azubis Lampenschirm-, Wohnraumleuchten- u. Zubehörindustrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 7. 6. 1979 – gültig ab 1. 1. 1979 – kündbar zum 31. 12. 1981 abgeschlossen mit DRUPA/IGMDPPK	0217 060 79
67386	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Ang. u. Azubis Lampenschirm-, Wohnraumleuchten- u. Zubehörindustrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 20. 6. 1983 – gültig ab 1. 1. 1983 abgeschlossen mit DRUPA/IGMDPPK	0217 061 83
Gewerbegruppe 17 – Holzverarbeitung		
67387	Sonderzahlungstarifvertrag f. Arbeiter und Angestellte Modellbauerhandwerk Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen und andere Länder vom 18. 11. 1989 – gültig ab 1. 1. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1995 abgeschlossen mit GHK	0095 540 89
Gewerbegruppe 19 – Nahrungs- und Genußmittelindustrie		
67388	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Süßwarenindustrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 22. 8. 1989 – gültig ab 1. 6. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1992 abgeschlossen mit NGG	0165 000 89
67389	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Süßwarenindustrie Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 22. 8. 1989 – gültig ab 1. 6. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1992 abgeschlossen mit DAG	0165 000 89 002
67390	Lohn-, Gehalts- und AusbildungsvergütungsTV Brauereien, Mälzereien Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 22. 10. 1989 – gültig ab 1. 9. 1989 – kündbar zum 31. 8. 1990 abgeschlossen mit DHV-NW/VDT	0193 200 89 002
67391	Firmentarifvertrag Rühl Fleisch - Inh. Berchem Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 6. 11. 1989 – gültig ab 1. 11. 1989 abgeschlossen mit NGG-NW	1698 990 89 Neukirchen Vluyn
Gewerbegruppe 20 – Bekleidungsgewerbe		
67392	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Ang. u. Azubis Bekleidungsindustrie Westf.-Lippe, (vor 63 s. 0050) Geltungsbereich: Westfalen/Lippe vom 24. 10. 1989 – gültig ab 24. 10. 1989 abgeschlossen mit GTB	0052 061 89
67393	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Ang. u. Azubis Bekleidungsindustrie Westf.-Lippe, (vor 63 s. 0050) Geltungsbereich: Westfalen/Lippe vom 24. 10. 1989 – gültig ab 24. 10. 1989 abgeschlossen mit DAG	0052 061 89 001

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67394	Lohntarifvertrag Damenschneiderhandwerk, Westf.-Lippe Geltungsbereich: Westfalen/Lippe vom 4. 12. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 - kündbar zum 31. 12. 1990 abgeschlossen mit GTB-BI	0061 210 90
67395	Ausbildungsvergütungstarifvertrag Damenschneiderhandwerk, Westf.-Lippe Geltungsbereich: Westfalen/Lippe vom 4. 12. 1989 - gültig ab 1. 8. 1990 - kündbar zum 31. 7. 1991 abgeschlossen mit GTB-BI	0061 230 90
67396	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Ang. u. Azubis Schuhindustrie Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen und andere Länder vom 6. 11. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 - kündbar zum 31. 12. 1992 abgeschlossen mit GL	0070 061 90
67397	Firmentarifvertrag Walter Berghaus GmbH & Co KG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 28. 9. 1989 - gültig ab 28. 9. 1989 - kündbar zum 30. 9. 1991 abgeschlossen mit GTB-MS	Stadtlohn 1697 990 89
Gewerbegruppe 21 - Baugewerbe		
67398	ÄndTV - verm. Leistungen f. Arbeiter und Angestellte Maler- u. Lackiererhandwerk Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 23. 10. 1989 - gültig ab 1. 5. 1989 abgeschlossen mit BSE	0108 642 89
67399	Gehaltstarifvertrag Dachdeckerhandwerk Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 19. 5. 1989 - gültig ab 1. 8. 1989 - kündbar zum 31. 7. 1990 abgeschlossen mit DAG	0109 220 89 001
67400	Änd. z. Tarifvertrag Alters- u. Invalidenbeihilfe Dachdeckerhandwerk Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 8. 11. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit BSE	0109 701 90
67401	Änd. z. TV erg. überbetr. Alters-/Invalidenbeihilfe Dachdeckerhandwerk Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 8. 11. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit BSE	0109 711 90
67402	Änd. z. Tarifvertrag über Berufsbildung Dachdeckerhandwerk Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 8. 11. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 - kündbar zum 31. 12. 1990 abgeschlossen mit BSE	0109 721 90
67403	Änd. z. Tarifvertrag über Lohnausgleich Dachdeckerhandwerk Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 8. 11. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit BSE	0109 771 90
67404	Änd. z. Tarifvertrag Alters- u. Invalidenbeihilfe Gerüstbaugewerbe Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 17. 11. 1989 - gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit BSE	0110 709 90
Gewerbegruppe 22 - Gas-, Wasser- und Elektrizitätsunternehmen		
67405	Lohn-, Gehalts- und AusbildungsvergütungsTV Gas-, Wasser- u. Elektrizitätsunternehmen Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen und andere Länder vom 8. 7. 1973 - gültig ab 1. 7. 1973 - kündbar zum 30. 6. 1974 abgeschlossen mit ÖTV-NR/ÖTV-WL/IGBE/DAG-NW	0224 200 73

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67406	Lohn-, Gehalts- und AusbildungsvergütungsTV Gas-, Wasser- u. Elektrizitätsunternehmen Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen und andere Länder vom 11. 7. 1975 – gültig ab 1. 7. 1975 – kündbar zum 30. 6. 1976 abgeschlossen mit ÖTV-NR/ÖTV-WL/IGBE/DAG-NW	0224 200 75
67407	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Auszubildende Elektromark AG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 19. 6. 1989 – gültig ab 1. 1. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1993 abgeschlossen mit ÖTV-WL	Hagen 1168 031 89
67408	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Arb. u. Ang. Elektromark AG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 19. 6. 1989 – gültig ab 1. 1. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1993 abgeschlossen mit ÖTV-WL	Hagen 1168 041 89
Gewerbegruppe 23 – Reinigungsgewerbe		
67409	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Regionale Bahnreinigungsgesellschaft mbH-RBRG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 30. 10. 1989 – gültig ab 1. 10. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1991 abgeschlossen mit GdED	Köln 1699 000 89
67410	Lohn- und Gehaltstarifvertrag Regionale Bahnreinigungsgesellschaft mbH-RBRG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 30. 10. 1989 – gültig ab 1. 10. 1989 – kündbar zum 30. 6. 1990 abgeschlossen mit GdED	Köln 1699 240 89
Gewerbegruppe 24 – Groß- und Außenhandel		
67411	Lohn-, Gehalts- und AusbildungsvergütungsTV Nordsee Deutsche Hochseefischerei GmbH/Großhandel Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 5. 6. 1989 – gültig ab 1. 4. 1989 – kündbar zum 31. 3. 1990 abgeschlossen mit DAG	Bremerh. 1487 200 89 001
67412	Lohn-, Gehalts- und AusbildungsvergütungsTV Hoesch Collex GmbH Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 11. 9. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGM-DO	Dortmund 1696 200 90
67413	Firmentarifvertrag Hoesch Collex GmbH Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 11. 9. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 – kündbar zum 30. 6. 1994 abgeschlossen mit IGM-DO	Dortmund 1696 990 90
67414	Änd. z. Firmentarifvertrag Hoesch Collex GmbH Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 11. 9. 1989 – gültig ab 1. 1. 1990 abgeschlossen mit IGM-DO	Dortmund 1696 991 90
Gewerbegruppe 25 – Einzelhandel		
67415	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Adler Bekleidungswerk AG & CO KG Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 29. 6. 1988 – gültig ab 1. 1. 1988 – kündbar zum 31. 7. 1991 abgeschlossen mit DAG	Haibach 1027 000 88
67416	Lohn-, Gehalts- und AusbildungsvergütungsTV Adler Bekleidungswerk AG & CO KG Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 29. 6. 1988 – gültig ab 1. 8. 1988 – kündbar zum 31. 7. 1991 abgeschlossen mit DAG	Haibach 1027 200 88
67417	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Nordsee Deutsche Hochseefischerei GmbH/Einzelhandel Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 7. 6. 1989 – gültig ab 1. 7. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1991 abgeschlossen mit DAG	Bremerh. 1241 000 89 001

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67418	Lohn-, Gehalts- und AusbildungsvergütungsTV Nordsee Deutsche Hochseefischerei GmbH/Einzelhandel Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 17. 4. 1989 - gültig ab 1. 4. 1989 - kündbar zum 31. 3. 1990 abgeschlossen mit DAG	Bremerh. 1241 200 89 001
67419	VergütungsTV (sonstige) Nordsee Deutsche Hochseefischerei GmbH/Einzelhandel Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 17. 4. 1989 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit DAG	Bremerh. 1241 270 89 001
67420	Ausbildungsvergütungstarifvertrag Praktiker Bau- und Heimwerkermarkt GmbH & Co KG Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 20. 6. 1988 - gültig ab 1. 1. 1989 - kündbar zum 31. 12. 1989 abgeschlossen mit DAG	Saarbrücken 1521 230 88
67421	Lohn- und Gehaltstarifvertrag Praktiker Bau- und Heimwerkermarkt GmbH & Co KG Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 20. 6. 1988 - gültig ab 1. 7. 1988 - kündbar zum 31. 12. 1990 abgeschlossen mit DAG	Saarbrücken 1521 240 88
67422	SonderzahlungsTV f. Arb., Ang. u. Azubis Praktiker Bau- und Heimwerkermarkt GmbH & Co KG Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 20. 6. 1988 - gültig ab 1. 1. 1988 - kündbar zum 31. 12. 1989 abgeschlossen mit DAG	Saarbrücken 1521 500 88
67423	Tarifvertrag - verm. Leistungen f. Arb., Ang. u. Azubis Praktiker Bau- und Heimwerkermarkt GmbH & Co KG Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 29. 3. 1985 - gültig ab 1. 4. 1985 - kündbar zum 31. 12. 1986 abgeschlossen mit DAG	Saarbrücken 1521 600 85
67424	Tarifvertrag gem. § 3 Abs. 2 Betr.VG Bronx Textilsupermärkte GmbH Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 12. 9. 1989 - gültig ab 27. 11. 1989 abgeschlossen mit DAG-NW	Emmerich 1686 910 89
67425	Tarifvertrag gem. § 3 Abs. 2 Betr.VG Schuhgeschäfte Voswinkel GmbH & Co KG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 8. 8. 1989 - gültig ab 6. 12. 1989 abgeschlossen mit HBV-NW	Bochum 1 1690 910 89
Gewerbegruppe 26 - Handelshilfsgewerbe		
67426	Firmentarifvertrag BSV Bau, Bauservice und Verwaltung GmbH Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 17. 4. 1985 - gültig ab 17. 4. 1985 abgeschlossen mit NGG	Bochum 1553 990 85
Gewerbegruppe 27 - Bank-, Börsen- und Versicherungswesen		
67427	82.-ÄnderungsTV zum BG-Ang.TV v. 25. 11. 61 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 12. 11. 1987 - gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit DAG	8410 000 82 001
67428	83.-ÄnderungsTV zum BG-Ang.TV v. 25. 11. 61 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 5. 7. 1988 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit DAG	8410 000 83 001
67429	13.-AusbVergTV zum BG-MTV-Azubis Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 14. 4. 1988 - gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit DAG	8412 000 13 001
67430	6.-Änd.TV zum TV-Praktik. med. Hilfsberufe BG v. 24. 4. 70 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 14. 4. 1988 - gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit DAG	8415 000 06 001

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67431	24.-VergütungsTV zum BG-AT Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 14. 4. 1988 – gültig ab 1. 1. 1988 – kündbar zum 31. 12. 1990 abgeschlossen mit DAG	8417 000 24 001
67432	130.-ÄnderungsTV zum VersTV-BG Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 12. 11. 1987 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit DAG	8418 001 30 001
67433	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 5. 7. 1988 – gültig ab 1. 7. 1988 abgeschlossen mit DAG	8419 000 23 001
67434	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 12. 11. 1987 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit DAG	8419 000 26 001
67435	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 12. 11. 1987 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit DAG	8419 000 27 001
67436	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 12. 11. 1987 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit DAG	8419 000 28 001
67437	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit ÖTV	8419 000 33
67438	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit DAG	8419 000 33 001
67439	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit GdS	8419 000 33 002
67440	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit ÖTV	8419 000 34
67441	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit DAG	8419 000 34 001
67442	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit GdS	8419 000 34 002
67443	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit ÖTV	8419 000 35
67444	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit DAG	8419 000 35 001
67445	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit GdS	8419 000 35 002
67446	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit ÖTV	8419 000 36

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67447	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit DAG	8419 000 36 001
67448	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 4. 1987 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit GdS	8419 000 36 002
67449	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 14. 4. 1988 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit ÖTV	8419 000 37
67450	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 14. 4. 1988 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit DAG	8419 000 37 001
67451	Tarifvertrag der Berufsgenossenschaften Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 14. 4. 1988 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit GdS	8419 000 37 002
Gewerbegruppe 28 - Verkehrsgewerbe		
67452	Manteltarifvertrag f. Angestellte British Airways PLC/Bordpersonal Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 13. 7. 1989 - gültig ab 1. 6. 1989 - kündbar zum 31. 5. 1992 abgeschlossen mit ÖTV	Frankfurt 1105 020 89
67453	Tarifvertrag zum Vorruhestand (Versorgung) British Airways PLC/Bordpersonal Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 13. 7. 1989 - gültig ab 1. 1. 1988 - kündbar zum 31. 12. 1993 abgeschlossen mit ÖTV	Frankfurt 1105 900 88
67454	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Arb. u. Ang. KLM Royal Dutch Airlines Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 6. 6. 1989 - gültig ab 6. 6. 1989 abgeschlossen mit ÖTV	Frankfurt 1214 041 89
67455	Änd. z. Lohn- und Gehaltstarifvertrag KLM Royal Dutch Airlines Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 12. 5. 1989 - gültig ab 1. 4. 1989 abgeschlossen mit ÖTV	Frankfurt 1214 241 89
67456	Tarifvertrag zum Vorruhestand (Versorgung) Pan American World Airways Inc/Bodenpersonal Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 6. 10. 1989 - gültig ab 1. 10. 1989 - kündbar zum 31. 12. 1990 abgeschlossen mit ÖTV	Frankfurt 1247 900 89
67457	Manteltarifvertrag f. Angestellte Societe internat. de Telecommunications Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 4. 7. 1988 - gültig ab 1. 7. 1987 - kündbar zum 31. 3. 1992 abgeschlossen mit ÖTV	Frankfurt 1275 020 87
67458	Tarifvertrag zum Vorruhestand (Versorgung) Pan American World Airways Inc/Bodenpersonal Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 6. 10. 1989 - gültig ab 1. 10. 1989 - kündbar zum 31. 12. 1990 abgeschlossen mit ÖTV	Frankfurt 1406 900 89
67459	Tarifvertrag, sonstige Pan American World Airlines Inc/Bodenpersonal Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 6. 4. 1989 - gültig ab 6. 4. 1989 - kündbar zum 31. 12. 1992 abgeschlossen mit ÖTV	Frankfurt 1406 980 89

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67460	Tarifvertrag zum Vorruhestand (Versorgung) British Airways, PLC/Bodenpersonal Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 13. 7. 1989 – gültig ab 1. 1. 1988 – kündbar zum 31. 12. 1993 abgeschlossen mit ÖTV	Frankfurt 1407 900 88
67461	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis MUC AIR SERVICES GmbH Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 9. 5. 1989 – gültig ab 1. 1. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1992 abgeschlossen mit ÖTV	München 1478 000 89
67462	Tarifvertrag, sonstige Pan American Express Inc Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 6. 4. 1989 – gültig ab 6. 4. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1992 abgeschlossen mit ÖTV	Berlin 1646 980 89
Gewerbegruppe 29 – Hotel- und Gaststättengewerbe		
67463	Lohn-, Gehalts- und AusbildungsvergütungsTV Nordsee Deutsche Hochseefischerei GmbH – Restaurant Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 11. 4. 1989 – gültig ab 1. 4. 1989 – kündbar zum 31. 3. 1990 abgeschlossen mit DAG	1495 200 89 001
67464	VergütungsTV (sonstige) Nordsee Deutsche Hochseefischerei GmbH – Restaurant Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 11. 4. 1989 – gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit DAG	1495 270 89 001
Gewerbegruppe 30 – Öffentl. Dienst und private Dienstleistungen		
67465	Gehaltstarifvertrag Dr. Benedict-Sprachenschule Düsseldorf Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 17. 10. 1989 – gültig ab 1. 8. 1989 – kündbar zum 31. 7. 1990 abgeschlossen mit GEW-NW	Düsseldorf 1 1400 220 89
67466	Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co KG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 8. 12. 1989 – gültig ab 1. 12. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1991 abgeschlossen mit HBV-NW/DAG-NW	Münster 1700 000 89
67467	Änd. z. Manteltarifvertrag f. Arb., Ang. u. Azubis Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co KG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 8. 12. 1989 – gültig ab 1. 12. 1989 abgeschlossen mit HBV-NW/DAG-NW	Münster 1700 001 89
67468	Lohn-, Gehalts- und AusbildungsvergütungsTV Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co KG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 8. 12. 1989 – gültig ab 1. 12. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1991 abgeschlossen mit HBV-NW/DAG-NW	Münster 1700 200 89
67469	TV über Teilvereinbarungen zu einem Tronc Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co KG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 8. 12. 1989 – gültig ab 1. 2. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1992 abgeschlossen mit HBV-NW/DAG-NW	Münster 1700 270 89
67470	Änd. z. TV über Teilvereinbarungen zu einem Tronc Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co KG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 8. 12. 1989 – gültig ab 1. 2. 1989 abgeschlossen mit HBV-NW/DAG-NW	Münster 1700 271 89
67471	Tarifvertrag – verm. Leistungen f. Arb., Ang. u. Azubis Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co KG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 8. 12. 1989 gültig ab 1. 12. 1989 – kündbar zum 31. 12. 1991 abgeschlossen mit HBV-NW/DAG-NW	Münster 1700 600 89

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67472	Änd. z. Tarifvertrag – verm. Leistungen f. Arb., Ang. u. Azubis Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co KG Geltungsbereich: Nordrhein-Westfalen vom 8. 12. 1989 – gültig ab 1. 12. 1989 abgeschlossen mit HBV-NW/DAG-NW	Münster 1700 601 89
67473	61.-ÄnderungsTV z. BAT Bund/Länder v. 23. 2. 1961 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 10. 1988 – gültig ab 1. 4. 1988 abgeschlossen mit ÖTV	8002 000 61
67474	61.-ÄnderungsTV z. BAT Bund/Länder v. 23. 2. 1961 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 10. 1988 – gültig ab 1. 4. 1988 abgeschlossen mit TGAöD/DAG/GGVöD/MB	8002 000 61 001
67475	61.-ÄnderungsTV z. BAT Bund/Länder v. 23. 2. 1961 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 11. 10. 1988 – gültig ab 1. 4. 1988 abgeschlossen mit GGVöD/GÖDCG	8002 000 61 002
67476	62.-ÄnderungsTV z. BAT Bund/Länder v. 23. 2. 1961 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 1. 7. 1989 – gültig ab 1. 8. 1989 abgeschlossen mit GGVöD/GÖDCG	8002 000 62 002
67477	ÄnderungsTV z. Anlagen BAT Bund/Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 1. 7. 1989 – gültig ab 1. 8. 1989 abgeschlossen mit GÖDCG	8008 000 04 002
67478	3.-ÄnderungsTV z. TV-Schüler(innen) Krfpl. B/L/G Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 1. 7. 1989 – gültig ab 1. 8. 1989 abgeschlossen mit GÖDCG	8017 000 03 002
67479	26.-ÄnderungsTV z. TV-Kraftfahrer-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 14. 4. 1988 – gültig ab 1. 3. 1988 abgeschlossen mit ÖTV	8100 000 26
67480	26.-ÄnderungsTV z. TV-Kraftfahrer-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 15. 4. 1988 – gültig ab 1. 3. 1988 abgeschlossen mit GGVöD/GÖDCG	8100 000 26 002
67481	26.-ÄnderungsTV z. TV-Kraftfahrer-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 15. 4. 1988 – gültig ab 1. 3. 1988 abgeschlossen mit GdP	8100 000 26 006
67482	27.-ÄnderungsTV z. TV-Kraftfahrer-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 5. 7. 1988 – gültig ab 1. 7. 1988 abgeschlossen mit ÖTV	8100 000 27
67483	27.-ÄnderungsTV z. TV-Kraftfahrer-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 6. 7. 1988 – gültig ab 1. 7. 1988 abgeschlossen mit GGVöD/GÖDCG	8100 000 27 002
67484	27.-ÄnderungsTV z. TV-Kraftfahrer-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 5. 7. 1988 – gültig ab 1. 7. 1988 abgeschlossen mit GdP	8100 000 27 006
67485	28.-ÄnderungsTV z. TV-Kraftfahrer-Länder Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 18. 4. 1989 – gültig ab 1. 7. 1989 abgeschlossen mit ÖTV/GGVöD/GÖDCG/GdP	8100 000 28
67486	44.-ÄnderungsTV z. MTL II v. 27. 2. 64 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 5. 7. 1988 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit ÖTV	8101 000 44
67487	44.-ÄnderungsTV z. MTL II v. 27. 2. 64 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 6. 7. 1988 – gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GGVöD/GÖDCG	8101 000 44 002

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung	Tarifreg.-Nr.
67488	44.-ÄnderungsTV z. MTL II v. 27. 2. 64 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 6. 7. 1988 - gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8101 000 44 004
67489	44.-ÄnderungsTV z. MTL II v. 27. 2. 64 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 6. 7. 1988 - gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GdP	8101 000 44 006
67490	45.-ÄnderungsTV z. MTL II v. 27. 2. 64 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 10. 10. 1988 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit ÖTV	8101 000 45
67491	45.-ÄnderungsTV z. MTL II v. 27. 2. 64 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 11. 10. 1988 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit GGVöD/GÖDCG	8101 000 45 002
67492	46.-ÄnderungsTV z. MTL II v. 27. 2. 64 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 18. 4. 1989 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit ÖTV/GGVöD/GÖDCG	8101 000 46
67493	46.-ÄnderungsTV z. MTL II v. 27. 2. 64 Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 18. 4. 1989 - gültig ab 1. 1. 1989 abgeschlossen mit GGLF/GdP	8101 000 46 001
67494	18.-LohnTV z. MTL-II Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 14. 4. 1988 - gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit ÖTV	8102 000 18
67495	18.-LohnTV z. MTL-II Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 15. 4. 1988 - gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit TGAöD	8102 000 18 001
67496	18.-LohnTV z. MTL-II Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 15. 4. 1988 - gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GGLF	8102 000 18 004
67497	18.-LohnTV z. MTL-II Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 15. 4. 1988 - gültig ab 1. 1. 1988 abgeschlossen mit GdP	8102 000 18 006
67498	21.-ÄnderungsTV z. TV-Fleischbeschautierärzte aussch.öffentl. Schlachthöfe Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 11. 10. 1988 - gültig ab 1. 2. 1988 abgeschlossen mit GÖDCG	8110 000 21 002
67499	21.-Änderungs-TV z. TV nicht vollbesch. Fleischbeschautier- ärzte an öfftl. Schlachthöfen Geltungsbereich: Bundesrepublik Deutschland vom 11. 10. 1988 - gültig ab 1. 4. 1988 abgeschlossen mit GÖDCG	8111 000 21 002

Für folgende Gewerbegruppen wurden in der Berichtszeit Tarifverträge zur Registrierung nicht vorgelegt:

12, 13, 15, 16, 18, 31, 32.

Verzeichnis der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände

ADM	Angestelltenverband deutscher Milchkontroll- u. Tierzuchtbediensteten
AGD	Allianz Deutscher Grafik-Designer e. V.
ALEB	Arbeitnehmerverband land- u. ernährungswirtschaftlicher Berufe
BVA	Bundesverband der Angestellten in Apotheken
BDA	Berufsverband der Arzthelferinnen e. V.
BKAH	Berufsverband kath. Arbeitnehmerinnen in der Hauswirtschaft
BSE	Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden
CGBCE	Christliche Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie
CGD	Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands
CMVD	Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands
CPK	Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DBV	Deutsche Bank- angestellten Verband e. V.
DHV	Deutscher Handels- und Industrieangestellten Verband
DJU	Deutsche Journalisten Union
DJV	Deutscher Journalistenverband e. V.
DOV	Deutsche Orchestervereinigung e. V.
DPG	Deutsche Postgewerkschaft
GdED	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
GtVDB	Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund
GANYMED	Union Ganymed Konditoren
GDBA	Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger e. V.
GDED	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
GDP	Gewerkschaft der Polizei
GDS	Gewerkschaft der Sozialversicherung
GEDAG	Gesamtverband Deutscher Angestellten Gewerkschaft
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GGLF	Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
GGVöD	Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden d. öffentl. Dienstes e. V.
GHK	Gewerkschaft Holz und Kunststoff
GK	Gewerkschaft Kunst
GL	Gewerkschaft Leder
GöDCG	Gewerkschaft öffentl. Dienst im CGD
GTB	Gewerkschaft Textil-Bekleidung
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
IGBE	Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
IGM	Industriegewerkschaft Metall
IGMDPP	Industriegewerkschaft Medien, Druck u. Papier, Publizistik und Kunst
KOMBA	Bund Deutscher Kommunalbeamten u. -Arbeitnehmer
MB	Marburger Bund Verband angest. Ärzte
NGG	Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten
RFFU	Rundfunk-Fernseh-Film-Union
ÖTV	Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
TGM	Tarifgemeinschaft der Eisenbahner
VBHBW	Verband Bergischer Hausbandweber
VDOB	Vereinigung deutscher Opernchöre und Bühnentänzer e. V.
VDSTR	Verband Deutscher Straßenwärter e. V.
VDT	Verband Deutscher Techniker e. V.
VRFF	Vereinigung der Rundfunk- Film- und Fernsehschaffenden
VWA	Verband der weiblichen Angestellten e. V.
ZDS	Zentralverband deutscher Schornsteinfegergesellen

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Lehrgänge des Deutschen Volksheimstättenwerks - Landesverband Nordrhein-Westfalen - Februar 1990 bis Juni 1990

Bek. d. Ministers für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr v. 12. 1. 1990 - Z A 1. 1850

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Volksheimstättenwerks führt in der Zeit von Februar 1990 bis Juni 1990 die nachstehend aufgeführten Lehrgänge durch:

Diskussionslehrgang: Bearbeitungsprobleme bei der Abrechnung von Erschließungsanlagen - II

Lehrg. 701 a: 8. Februar 1990 in 4700 Hamm

Lehrg. 706 a: 15. März 1990 in Bonn-Bad Godesberg

Vorsitzender Richter am OVG NW Dr. Paul Stelkens

Richter am OVG NW Dieter Kallerhoff

Richter am OVG NW Ingo Roeder

Münster, 3. Senat des Oberverwaltungsgerichts NW:

In wechselnden Ausführungen und Diskussionen mit den Teilnehmern werden die Referenten die folgenden Bereiche besprechen:

Widmung als Abrechnungsvoraussetzung

Planbindung

Merkmalsregelung

Grünanlagen/Kinderspielplatz

Vorausleistung

702. Lehrgang

**Aktuelle Entwicklungen im Wohngeldrecht
und die wohngeldrechtliche Einkommensermittlung**
14.-16. Februar 1990 in 4100 Duisburg-Wedau

Oberamtsrat Arnold Schwalke
Düsseldorf, Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen
und Verkehr

Die Bedeutung der 7. Novelle zum Wohngeldgesetz und der Änderung der Wohngeldverordnung in Nordrhein-Westfalen und die Auswirkungen des Eingliederungsanpassungsgesetzes auf die Bewilligung von Wohngeld

Richter am BVerwG Professor Dr. Hans-Joachim Driehaus
Berlin, Bundesverwaltungsgericht

Die neueste Rechtsprechung des BVerwG zum Wohngeldgesetz - insbesondere Einkommensermittlung und Bewilligungszeitraum

Stadtmutter Angelika Severin
Herne, Stadtverwaltung

Grundsätze der Einkommensermittlung einschl. der Einkommensermittlung bei Sozialhilfeempfängern

Regierungsdirektor Rainer von Brunn
Bonn, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen
und Städtebau

(Nicht-)Anrechnung von Vermögensumschichtungen bei der wohngeldrechtlichen Einkommensermittlung?

Abteilungsleiter Dietmar Wischniowsky
Iserlohn, Stadtverwaltung

Einkommensermittlung bei Selbständigen, Gewerbetreibenden und nicht buchführungspflichtigen Landwirten

Regierungsoberinspektor Jürgen Senge
Düsseldorf, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik

Änderungen bei der maschinellen Bearbeitung von Wohngeldanträgen

Busfahrt nach Düsseldorf bzw. Oberhausen zum Besuch des Landesrechnungszentrums beim LDS und der Erfassungsstellen Düsseldorf und Oberhausen unter sachverständiger Führung und Erläuterung

Diskussion nach Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer zum gesamten Wohngeldrecht und der Praxis der Wohngeldbewilligung mit Referenten des Lehrgangs.

703. Lehrgang

Lärmschutz im Städtebau: Sport- und Freizeitlärm

21. Februar 1990 in 4000 Düsseldorf

Richter am Bundesverwaltungsgericht Professor Dr. Dr. Berkemann
Berlin

Sport- und Freizeitlärm im öffentlichen Recht - insbesondere im Baurecht

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Professor Dr. Horst Hagen
Karlsruhe

Zivilrechtlicher Schutz vor Sport- und Freizeitlärm

Diskussion nach Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer

Auf dem Podium:

Die Referenten des Seminars und

Rechtsanwalt Bernhard Boecker, Köln

Fachanwalt für Verwaltungsrecht

704. Lehrgang

Diskussionslehrgang:

**Der öffentlich-rechtliche Nachbarschutz
unter besonderer Berücksichtigung der Normenkontrolle**
6. März 1990 in 5000 Köln

Der öffentlich-rechtliche Nachbarschutz unter besonderer Berücksichtigung der Normenkontrolle

Referent:

Vorsitzender Richter am BVerwG Professor Dr. Otto Schlichter,
Bundesverwaltungsgericht Berlin

Diskutanten auf dem Podium:

Rechtsanwalt Jürgen Bosch

Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Köln

Ministerialrat Dr. Peter Runkel

Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau,
Bonn

706. Lehrgang

**Kommunale Energieversorgung
Diskussionsseminar und Erfahrungsaustausch**
13.-14. März 1990 in 4700 Hamm

Professorin Sabine Zech

Oberbürgermeisterin der Stadt Hamm

Grußwort der Stadt Hamm und

Kurzreferat „Energiepolitik in kommunaler Verantwortung“

Ministerialrat Ernst Becker

Innenministerium des Landes NRW, Düsseldorf

Der Beratungserlaß Nordrhein-Westfalen -

Aktuelle Entwicklungen und erste Erfahrungen

Kaffeepause

Beigeordneter Dr. Wolf Gottschalk

Verband kommunaler Unternehmen, Köln

Arbeitsgemeinschaft kommunaler Versorgungsunternehmen zur Förderung rationeller, sparsamer und umweltschonender Energieverwendung und rationeller Wasserverwendung (ASEW)

Referent Ulrich Cronaue

Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund,
Düsseldorf

Der Konzessionsvertrag als Versorgungsalternative:

Musterkonzessionsverträge, neue Entwicklungen, 5. Kartellgesetz-Novelle, aktuelle Urteile, EG-Binnenmarkt

Mittagspause

Dipl.-Verwaltungswirt Rainer Nölling

Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr,
Düsseldorf

Kommunale und regionale Energiekonzepte – Erfahrungen, Ergebnisse, Probleme bei der Umsetzung, Perspektiven

Ltd. Ministerialrat a. D. Herbert Fieseler
Essen

Planungs- und immissionsschutzrechtliche Fragen im Zusammenhang mit kommunalen Energieversorgungskonzepten

Kaffeepause

Energieplanerin Dagmar Heidemeyer
Stadt Dorsten

Kommunale Energieberatung – Aufgaben, Aufbau, Finanzierung, Probleme, Bewertung vorhandener Beratungsmodelle

Energiebeauftragter Helmut Scholz
Stadt Ludwigsburg

Kommunales Energiemanagement
Organisatorische, technische, finanzielle und personelle Rahmenbedingungen für eine energiesparende Bewirtschaftung öffentlicher Gebäude – technische und finanzielle Einsparpotentiale – Amortisationszeiten am Beispiel der Stadt Ludwigsburg

Berichte aus der kommunalen Basis

Techn. Beigeordneter Klaus Fehlemann
Stadt Bocholt

Energiekonzept Bocholt:
Ergebnisse eines der ersten Energiekonzepte in NRW und Bericht über die Umsetzung eines Nahwärmebereichs im Stadtkern auf der Basis eines Gas-BHKW, bisherige Erfahrungen

Amtsleiter Peter Falck
Leiter des Amtes für Stadtentwicklung der Stadt Herne
Energiekonzept Teutoburgia-Siedlung, Herne:
Ergebnisse eines Konzepts zur Umrüstung einer Bergarbeiter-Siedlung von Kohleeinzelöfen-Heizung auf eine Kohle-Nahwärme

Techn. Werkleiter Peter Blome
Stadtwerke Oerlinghausen
Energiekonzept Oerlinghausen:
Ergebnisse eines Energiekonzepts in einer Mittelstadt und Bericht über die Umsetzung in einem Teilbereich (Übernahme einer Nahwärmeversorgung und Umrüstung auf Kraft-Wärme-Koppelung)

Kaffeepause

Techn. Werkleiter Dipl.-Ing. Karl-Heinz Hölter
Stadtwerke Velbert

Energiekonzept Velbert:
Herstellung eines technisch-wirtschaftlichen Verbundes zwischen Hallenbad und Energieversorgung durch Einsatz eines BHKW – Investitionskosten, Betriebskosten, Amortisation, betriebs- und kommunalwirtschaftliche Aspekte

Diskussion zu den Erfahrungsberichten

Mittagspause

Gemeindedirektor Wilfried Johannis
Gemeinde Nümbrecht

Energiekonzept Nümbrecht:
Energiekonzept einer Gemeinde im ländlichen Raum als Ausgangspunkt für Überlegungen zur interkommunalen Zusammenarbeit – Ergebnisse, Erfahrungen aus einer Netzbewertung, Sachstandsbericht

Techn. Beigeordneter Ulrich Köster
Stadt Beckum

Energiekonzept Beckum:
Ergebnisse des in planerischer, rechtlicher und organisatorisch-wirtschaftlicher Hinsicht am weitesten fortgeschrittenen Konzepts – Ergebnisse einer Stromnetzbeurteilung mit Wirtschaftlichkeitsüberlegungen zum Neuaufbau von Stadtwerken; Umsetzungsprobleme bei der Realisierung einer Nahwärmeversorgung auf BHKW-Basis

Kaffeepause

Dipl.-Ing. Wolfgang Weber
Stadtwerke Dortmund AG

Energiekonzept Dortmund:
Erfahrungen eines Stadtwerkes einer Großstadt aus den Verhandlungen über die Übernahme des Stromnetzes – rechtliche, finanzielle und organisatorische Probleme, Verfahrenshinweise

Diskussion zu den Erfahrungsberichten und Abschlußdiskussion

707. Lehrgang

Das Baudenkmal im Einkommensteuerrecht – Grundlagen und aktuelle Entwicklungen

21. März 1990 in 4650 Gelsenkirchen-Buer

Referent:

Dipl.-Kaufm. Dr. Rudolf Kléeberg
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, München

An den Diskussionen zum Vortrag und nach Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer beteiligen sich der Referent des Seminars und

Dr. Richard Borgmann
Leiter der praktischen Denkmalpflege im Westf. Landesamt für Denkmalpflege

Karl-Heinz Boveleth
Amtsrat im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Almuth Gumprecht
Juristin im Westfälischen Amt für Denkmalpflege, Münster

Paul Müllejan
Städt. Verwaltungsdirektor bei der Stadtverwaltung Aachen

Horst Dieter Schönstein
Regierungsrat im Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

708. Lehrgang

**Diskussionsseminar:
Altlasten und Städtebaurecht**

27. bis 28. März 1990 in 4600 Dortmund 1

Ministerialdirigent Dr. Wolfgang Roters
Düsseldorf, Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Altlasten –
Hemmnis bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben des Städtebaus?

Ministerialdirigent Professor Dr. Walter Bielenberg
Bonn, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die planungsrechtliche Behandlung und aktuelle Entwicklungen bei Altlast- und Altlastverdachtsflächen

Ltd. Stadtbaudirektor Wilfried Moog
Stadtverwaltung Düsseldorf

Altlastverdachtsflächen und Baugenehmigungsverfahren

Professor Dr. Hans-Jürgen Papier
Universität Bielefeld

Rechtsfragen der Finanzierung von Bodenuntersuchungen und Altlastsanierungen

Rechtsanwalt Bernhard Boecker
Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Köln

Entschädigungsrechtliche Fragen bei Einschränkungen und Aufhebung der baulichen Nutzung von Altlast- und Altlastverdachtsflächen

Vorsitzender Richter am BGH Karlheinz Boujong
Karlsruhe, Bundesgerichtshof

Ansprüche und Anspruchsberechtigte bei amtspflichtwidriger Beplanung von Altlast- und Altlastverdachtsflächen sowie amtspflichtwidriger Erteilung von Baugenehmigungen für solche Flächen

Diskussion nach Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer mit Referenten des Seminars

709. Lehrgang**Diskussionslehrgang zum Bauvertragsrecht:
Der Vergütungsanspruch des Unternehmers**

29. bis 30. März 1990 in 4600 Dortmund 1

Referent:

Professor Hermann Korbion
 Vorsitzender Richter am OLG Düsseldorf
 Honorarprofessor an der Universität Hannover
 Der Vergütungsanspruch des Bauunternehmers
 Rechtliche Grundlagen des Vergütungsanspruchs
 Die verschiedenen Vergütungsarten
 Mögliche Änderung der Vergütung
 Fälligkeitsvoraussetzungen
 Zahlungsarten – Zahlungsfristen
 Vorbehaltslose Annahme der Schlusszahlung
 Sicherheitsleistungen

Vereinheitlichung des Bauvergabewesens für den EG-Binnenmarkt
 Stand der Beratungen zur Koordinierungsrichtlinie

Diskussion nach Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer zum gesamten Bauvertragsrecht

710. Lehrgang**Diskussionslehrgang:****Aktuelle Fragen des Erschließungs- und Erschließungsbeitragsrechts**

24. April 1990 in 4280 Borken i. W.

Referent:

Professor Dr. Hans-Joachim Driehaus
 Richter am Bundesverwaltungsgericht, Berlin
 Das System des Erschließungsbeitragsrechts
 Grundlegende Begriffe

Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Erschließungs- und Erschließungsbeitragsrecht von Oktober 1989 bis April 1990

Diskussion nach Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer zum Erschließungs- und Erschließungsbeitragsrecht

711. Lehrgang**Diskussionsseminar:****Die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in NW insbes. auf der Grundlage neuer Rechtsprechung des OVG NW**

2. Mai 1990 in 4650 Gelsenkirchen-Buer

Richter am OVG NW Jürgen Schmidt
 Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Münster

Die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in Nordrhein-Westfalen auf der Grundlage neuerer und neuester Rechtsprechung des OVG NW

Referent Dr. Manfred Wichmann
 Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund, Düsseldorf

Die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren im Bereich des Winterdienstes

Diskussion nach Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer zum Straßenreinigungsrecht und der Erhebung von Straßenreinigungsgebühren

Auf dem Podium:

Die Referenten des Seminars.

712. Lehrgang**Diskussionslehrgang:****Ausgewählte Probleme bei der Erhebung der Fehlbelegerabgabe**

3. Mai 1990 in 4650 Gelsenkirchen-Buer

Richter am OVG NW Dr. Detlef Bayer
 Münster, Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Ausgewählte Probleme bei der Erhebung der Fehlbelegerabgabe, dargestellt auf der Grundlage höchstrichterlicher und obergerichtlicher Rechtsprechung

Oberamtsrat Dipl.-Komm. Herbert Rankenhohn
 Düsseldorf, Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Die Umsetzung des bundes- und landesrechtlichen Neuregelungen

Diskussion nach Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer zur Erhebung der Fehlbelegerabgabe in NW

Auf dem Podium:

Die Referenten des Seminars.

713. Lehrgang**Diskussionsseminar:****Brandschutz im Industriebau:
Die Industriebaurichtlinie**

7.-8. Mai 1990 in 5948 Schmallenberg-Grafschaft

Ministerialrat Heinz-Georg Temme
 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Düsseldorf

System, Inhalt und Anwendungsbereiche der Industriebaurichtlinie und der DIN V 18 230

Ministerialrat Arnold Klose
 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Düsseldorf

Technische Anforderungen an den Verschluss von Öffnungen in Wänden von Brandbekämpfungsabschnitten

Brandschutz-Ingenieur Karl-Heinz Halfkann
 Wegberg

Anwendung der Regelwerke in der Praxis
 Berechnungsbeispiele auf der Grundlage der DIN V 18 230

Diskussion nach Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer zu allen Fragen des baulichen Brandschutzes

Auf dem Podium:

Die Referenten des Lehrgangs.

714. Lehrgang**Diskussionslehrgang:****Grundzüge des Wohngeldrechts und der Praxis der Wohngeldbewilligung**

9. bis 11. Mai 1990 in 5330 Königswinter/Rh.

Regierungsdirektor Rainer von Brunn
 Bonn, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Bedeutung des Wohngeldes und die Erläuterung der Antragsberechtigung im Wohngeldrecht

Stadtamtfrau Angelika Severin
 Herne, Stadtverwaltung

Die Ermittlung des Familien- und des Jahreseinkommens

Abteilungsleiter Dietmar Wischniowsky
 Iserlohn, Stadtverwaltung

Die Ermittlung von Miete und Belastung im Wohngeldrecht

Abteilungsleiter Dietmar Wischniowsky
 Iserlohn, Stadtverwaltung

Praxisfragen der Antragsannahme und -bearbeitung, Hinweise zur praktischen Bearbeitung der Wohngeldanträge

Regierungsoberinspektor Jürgen Senge
 Düsseldorf, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik

Die Zusammenarbeit der Wohngeldbewilligungsbehörde und des LDS – Grundzüge und wesentliche Einzelfragen zur automatisierten Berechnung von Wohngeld

Diskussion zur Vertiefung und Wiederholung und nach Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer

Auf dem Podium:

Die Referenten des Seminars.

716. Lehrgang**Diskussionsveranstaltung:****Die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach § 8 KAG NW**

6. Juni 1990 in 4772 Bad Sassendorf

Die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts NW zum Straßenbaubeitragsrecht nach § 8 KAG NW von Januar 1989 bis Juni 1990

In wechselnden Ausführungen und Diskussionen werden

Vorsitzender Richter am OVG NW Wilhelm Hinszen

Richter am OVG NW Dr. Ernst Dietzel

Richterin am OVG NW Annette Perger

die neuere und neueste Rechtsprechung des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen eingehend darstellen und den Teilnehmern erläutern.

Diskussion von Fragen und Fallgestaltungen der Teilnehmer zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen in Nordrhein-Westfalen

Auf dem Podium:

Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Dr. Werner Vogel, Bielefeld und die Referenten des Seminars.

Dipl.-Ing. Jochen Kuhn

Architekt BDA/DWB, Düsseldorf

Stadtverträgliche Straßenplanung mit Planungsbeispielen

Landesbaudirektor Dipl.-Ing. Helmut Nikolaus

Rheinisches Straßenbauamt Köln

Ortsgerechte Gestaltung der Ortsdurchfahrten klassifizierter Straßen

Ministerialrat Dr. Heiner Monheim

Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Düsseldorf

Bürger- und anwohnerfreundliche Straßenplanung stadt- und umweltverträgliche Verkehrsplanung

Ministerialrat Wilhelm Kolks

Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Düsseldorf

Förderung und Finanzierung kommunalen Straßen- und Radwegebaus

Ministerialrat Dr. Hans-Dieter Krupinski

Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Düsseldorf

Öffentliche Straßen, Wege und Plätze in den Stadterneuerungsrichtlinien Nordrhein-Westfalen

717. Lehrgang**Umweltschonender und stadtverträglicher kommunaler Straßenbau - Planung und Finanzierung**

7. bis 8. Juni 1990 in 4772 Bad Sassendorf

Karl F. Grohs, Landschaftsarchitekt BDLA

Gruppe Ökologie und Planung Grohs - Preissmann - Partner, Essen

Straßenplanung unter Berücksichtigung von Umweltbelangen

Den Mitarbeitern in den Kommunalverwaltungen wird die Teilnahme an den Veranstaltungen empfohlen.

Anmeldungen sind an den Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Volksheimstättenwerks, Neefestr. 2 a, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 692075, zu richten.

- MBl. NW. 1990 S. 221.

Einzelpreis dieser Nummer 8,90 DM

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/241, 4000 Düsseldorf 1

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages - in welcher Form auch immer - bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3509